Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2394**

15. Wahlperiode 28. 01. 2004

Antrag

**der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Jörg Tauss, Doris Barnett, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel (Starnberg), Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Dr. Axel Berg, Ute Berg, Hans-Werner Bertl, Lothar Binding (Heidelberg), Gerd Friedrich Bollmann, Klaus Brandner, Willi Brase, Hans-Günter Bruckmann, Ulla Burchardt, Dr. Peter Danckert, Annette Faße, Rainer Fornahl, Dagmar Freitag, Dieter Grasedieck, Gabriele Groneberg, Wolfgang Grotthaus, Hubertus Heil, Rolf Hempelmann, Walter Hoffmann (Darmstadt), Christel Humme, Ulrich Kasparick, Anette Kramme, Ernst Kranz, Nicolette Kressl, Volker Kröning, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Ernst Küchler, Ute Kumpf, Christian Lange (Backnang), Dr. Christine Lucyga, Lothar Mark, Christian Müller (Zittau), Gesine Multhaupt, Heinz Paula, Karin Rehbock-Zureich, Dr. Carola Reimann, René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Karin Roth (Esslingen), Thomas Sauer, Siegfried Scheffler, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Landau), Wilfried Schreck, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wolfgang Spanier, Petra Weis, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Rainer Wend, Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Margrit Wetzel, Andrea Wicklein, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Engelbert Wistuba, Heidi Wright, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Peter Hettlich, Volker Beck (Köln), Hans-Josef Fell, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Deutsche und europäische Raumfahrtpolitik zukunftsorientiert gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Raumfahrt ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltages geworden. Die Raumfahrtforschung ist hierbei als Quell und Motor wissenschaftlicher und technologischer Entwicklung von zentraler Bedeutung. Die spezifischen Forschungsbedingungen und der interdisziplinäre Einsatz von Schlüsseltechnologien in der Raumfahrt forcieren Innovationen. Dies hat neue Handlungsspielräume in vielen wichtigen Politikbereichen eröffnet.

So gewinnen satellitengestützte Anwendungen eine immer größere gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Bedeutung. In vielen Feldern wie der Kommunikation, der Wetterbeobachtung, dem Umwelt- und Katastrophenschutz, der Sicherheit, dem Verkehr oder der Landwirtschaft sind Dienstleistungen und Problemlösungen ohne Satellitentechnologie nicht mehr denkbar. Die Raumfahrt entwickelt sich somit von einem technologiegetriebenen Forschungsprojekt zu einem Instrument anwendungsorientierter Politik.

Hieraus resultiert der große und weiter wachsende Stellenwert der Raumfahrt für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Schätzungen gehen von einer erheblichen Steigerung des Anteils der Raumfahrtindustrie am Bruttoinlandsprodukt und der damit verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten aus.

Die Raumfahrt ist zentrales Zukunftsfeld für Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein autonomer Zugang zum Weltraum ist darum für Europa von zentraler Bedeutung. Entwickelte Volkswirtschaften können sich eine Abhängigkeit von anderen Nationen auf diesem Gebiet nicht leisten.

Deutschland hält in der Raumfahrt dem internationalen Vergleich wissenschaftlich und technologisch stand. Die jetzige Bundesregierung hat der Bedeutung von Raumfahrt und Raumfahrtforschung Rechnung getragen. Wichtige Projekte wurden in den letzten Jahren durch den entscheidenden Einsatz Deutschlands ermöglicht und haben der deutschen Forschung und Wirtschaft entscheidende Impulse verliehen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, der Raumfahrtindustrie, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre sowie der ostdeutschen Landesregierungen, die Wettbewerbsfähigkeit der Raumfahrtindustrie insbesondere in Ostdeutschland weiter zu verbessern.

Als Basis einer gemeinsamen Erdbeobachtungsstrategie wurde mit dem europäischen Projekt „Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung“ GMES ein wichtiger Schritt für eine unabhängige, dauerhaft verfügbare und zuverlässige Informationsinfrastruktur für politische Entscheidungsträger und Wissenschaft eingeleitet.

Das satellitengestützte Aufklärungssystem SAR-Lupe dient unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten der Krisenfrüherkennung, Krisenvorsorge sowie dem wirksamen Krisenmanagement.

Die Einigung der Europäischen Union (EU) und der europäischen Weltraumorganisation ESA über das erste gemeinsame Raumfahrtprojekt GALILEO ist als großer Erfolg zu werten. Hiermit schafft sich Europa ein zuverlässiges satellitengestütztes Ortungs- und Navigationssystem und gewährleistet so in Unabhängigkeit vom amerikanischen System GPS Kontinuität, Präzision und Verfügbarkeit der Satellitennavigation. In Abstimmung mit den anderen EU- und ESA-Mitgliedstaaten wurden die politischen Voraussetzungen für eine deutsche Systemführung in der Entwicklungsphase von GALILEO geschaffen. Darüber hinaus stellt Deutschland den Direktor des Gemeinsamen Unternehmens GALILEO. Das europäische Industriekonsortium GALILEO INDUSTRIES (GI) hat seinen Hauptsitz ebenfalls in Deutschland, welches zudem den General Manager von GI stellt. Im Wege eines Public-Private-Partnership (PPP) werden ein hohes wirtschaftliches Wachstumspotenzial genutzt und industrielle Kernkompetenzen bei der künftigen Schlüsseltechnologie in Deutschland gesichert.

Mit dem Einbruch des kommerziellen Marktes für Satellitenstarts und dem misslungenen Start der Ariane 517 ist die europäische Raumfahrt in eine Krise geraten. Basierend insbesondere auf dem Einsatz der Bundesregierung sind auf der ESA-Ministerkonferenz im Mai 2003 zur Rettung der europäischen Trägerrakete Ariane und zur Restrukturierung des Trägersektors im privaten und öffentlichen Bereich zukunftsweisende Maßnahmen ergriffen worden. Sowohl mit dem Recovery Plan als auch mit dem Programm EGAS wurde der strategischen Bedeutung eines unabhängigen, kosteneffizienten und wettbewerbsfähigen europäischen Zugangs zum Weltraum Rechnung getragen.

Die Rolle der Industrie im Trägerraketensystem ist u. a. durch die auferlegten Selbstverpflichtungen gestärkt worden. Die Verantwortungsverteilung auf dem europäischen Trägersektor wird durch die Neuorganisation der Zuständigkeiten effektiver gestaltet. EADS wird als Hauptauftragnehmer künftig auf Industrie-

seite verantwortlich sein, ESA übernimmt die alleinige Managementfunktion für den Entwicklungsprozess. Hiermit sind insbesondere durch den Einsatz der jetzigen Bundesregierung wichtige Schritte für eine zukünftig erfolgreiche Arbeit in diesem Bereich unternommen worden.

Weiterhin stärkt die vereinbarte Zusammenarbeit mit Russland auf dem Trägersektor im Rahmen des Programms „Sojus in Kourou“ die europäische Raumfahrt. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, dass Synergieeffekte zukünftig genutzt werden können, um Träger preisgünstiger, sicherer und umweltverträglicher zu entwickeln und anzubieten.

Der im Vorfeld der ESA-Ministerkonferenz verhandelte Ausgleich des deutschen Rückflussdefizits soll zu einem Auftragszuwachs für die deutsche Industrie in Höhe von 155 Mio. Euro führen, womit deutsche Standorte gestärkt, Kompetenz gewahrt und Arbeitsplätze gesichert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

– Die nationale Raumfahrtpolitik muss dem Wandel von der technologiegetriebenen zur anwendungsorientierten Politik weiterhin Rechnung tragen. Raumfahrtprojekte müssen an den Nutzerinteressen ausgerichtet werden. Die von Raumfahrtpolitik fachlich berührten Bundesministerien sind als potenzielle öffentliche „Nutzer“ aufgefordert, die sich durch Raumfahrt bietenden Chancen effektiver zu ergreifen sowie sich angemessen an den Projekten zu beteiligen. Eine optimale Abstimmung zwischen den jeweiligen Ressorts bezüglich der Raumfahrtprojekte ist hierfür Voraussetzung.

– Im Rahmen der Realisierung des Projektes GMES wird die Bundesregierung an die Umsetzung der Aufforderung aus der letzten Legislaturperiode auf Bundestagsdrucksache 14/8034 erinnert. Die „Nutzer“-Ressorts wie BMBF, BMVBW, BMVg, BMWA, BMI, BMVEL, BMZ, BMU, AA stehen vor der Herausforderung, sich die im Einsatz der Fernerkundung liegenden Chancen einer effektiveren Wahrnehmung von Teilen ihrer Aufgaben besser zu erschließen, um damit die Anforderungen an ein europäisches GMES zu ihrem Vorteil mitzugestalten. Die genannten Ressorts sollen die Möglichkeiten einer Nutzung von satellitenbasierten Erdbeobachtungssystemen für ihre Aufgaben analysieren und dabei auch prüfen, welche Einsparmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen den notwendigen Investitions- und Folgekosten gegenüberstehen.

– Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine auf die veränderte mittelfristigen Finanzplanung abgestimmte Neuorientierung der programmatischen Zielsetzungen des nationalen Weltraumprogrammes vorzunehmen. Ziel ist es, deutsche Kernfähigkeiten bei der Neustrukturierung der Europäischen Forschungslandschaft nachhaltig abzusichern. Dabei soll eine verstärkte Konzentration auf diejenigen Kerngebiete erreicht werden, die sowohl im Sinne strategischer Fähigkeiten und souveräner Nutzung als auch mit Blick auf aussichtsreiche kommerzielle Perspektiven die besten Potenziale bieten.

– Unabhängig von dieser Neuorientierung im Nationalen Weltraumprogramm ist das nationale Raumfahrtprogramm perspektivisch zu stärken. Nur durch nationale Anstrengungen erhält die europäische und globale Raumfahrt die nötigen Impulse. Und nur durch die nationale Entwicklung von Kompetenzen kann die Partizipation Deutschlands an den Erträgen europäischer Forschungsprogramme und Raumfahrtinitiativen gewährleistet werden. Zudem ist im Wettbewerb der Standorte ein starkes nationales Weltraumprogramm ein effizientes Instrument zur Sicherung strategisch bedeutender Kapazitäten und Kompetenzen am Standort Deutschland.

- Es müssen weiterhin Anstrengungen unternommen werden, um deutsche und europäische Projekte, Programme und Initiativen besser miteinander zu verzahnen, damit die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient genutzt werden und deutsche Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen optimal an europäischen Anstrengungen teilhaben können.
- Die Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) gestärkt werden, damit ihre Kompetenz nicht verloren geht und funktionierende Wettbewerbsstrukturen erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang sollte die ESA ihre verstärkte Rolle im Entwicklungsprogramm für den Trägerbereich nutzen, um für mehr Transparenz bei der Produktion zu sorgen und auf eine angemessene Beteiligung von KMU hinzuwirken. Hierdurch ist auch deutschen Interessen in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen.
- Es sind Maßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, die insbesondere junge Menschen für die Raumfahrt interessieren und dazu motivieren, natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge zu belegen und Berufe im Raumfahrtbereich anzustreben. Der Transfer von Kompetenz und Know-how an die nächste Generation von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Facharbeitern muss gewährleistet werden.
- Die Bundesregierung wie auch die ESA sind aufgefordert, durch geeignete öffentlichkeitswirksame Maßnahmen das Wissen über die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Raumfahrt auch für die Erleichterung des täglichen Lebens-, sowie dadurch die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der Raumfahrt und ihren Anwendungen zu erhöhen.
- Bei der Entwicklung neuer Programme im Trägerbereich sollte Deutschland seine etablierte Rolle beibehalten. Dabei ist der für die Rettung der Ariane eingeschlagene Weg weiter zu gehen, der Industrie eine größere Eigenverantwortung zu zumessen. Konzeption und Betrieb der nächsten Generation von Trägersystemen sollte im Rahmen von PPP nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten von den beteiligten Unternehmen geleistet werden.
- Zur Sicherung eines unabhängigen Zuganges zum Weltraum ist es auf dem Trägersektor erforderlich, den Herstellungsprozess europäischer Träger innovativ, kosteneffizient, umweltschonend und wettbewerbsfähig zu gestalten. Die Zusammenarbeit mit Russland sollte über das Programm „Sojus in Kourou“ hinaus auf die Entwicklung einer künftigen Trägergeneration ausgedehnt werden. Weiter wird die Bundesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass unnötige parallele Entwicklungen von europäischen Konkurrenzprojekten vermieden werden.
- Deutschland erfüllt seine internationalen Verpflichtungen auch für die Internationale Raumstation ISS. Der Deutsche Bundestag erwartet dies ebenso von den Partnern für Aufbau und Betrieb der ISS. Sollten Vertragspartner ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ist auch das deutsche Engagement für die ISS zu überprüfen. Für den Verzicht auf die deutsche Beteiligung am Rettungsgleiter X 38 ist durch den US-Vertragspartner eine angemessene Kompensation zu leisten.
- Der duale Einsatz von Satellitensystemen sowohl in der zivilen als auch in der sicherheitspolitschen Anwendung als Mehrzwecksysteme ist anzustreben. Der Gestaltungsprozess einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist hierbei zu berücksichtigen. Der Entwicklung und der Stationierung von Waffensystemen im Weltraum ist dabei eine klare Absage zu erteilen.

- Eine engere Verzahnung zwischen ESA und EU ist anzustreben, um die Ausrichtung der Raumfahrt-Aktivitäten auf die Bedürfnisse der Union und ihrer Bürgerinnen und Bürger, die optimale Nutzung von Ressourcen, eine ausreichende Bereitstellung von Mitteln und eine demokratische Legitimation sicherzustellen. Ziel ist die Formulierung eines europäischen Raumfahrtprogrammes, mit dessen Umsetzung die ESA als Implementierungsagentur betraut wird. Die Aufnahme der Raumfahrt als Kompetenzbereich mit geteilter Zuständigkeit in den Entwurf einer Europäischen Verfassung ist wegweisend und im Hinblick auf das Verhältnis von nationaler zu EU-Kompetenz sachgerecht. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die entsprechenden Vorschläge im Verfassungsentwurf nicht geändert werden.
- Auf dem Weg dorthin ist eine stärkere Kooperation der Europäischen Union und ESA zu realisieren, da die Europäische Union wichtige Politikfelder, die die Forschungsförderorganisation ESA qua Statut ausschließt, berücksichtigen kann. Das jüngst formulierte Rahmenabkommen zur Raumfahrt zwischen der EU und der ESA sowie die damit verbundene Schaffung eines „Space Council“ sind wichtige Schritte auf diesem Weg. Bei der Definition einer Arbeits- und Zuständigkeitsverteilung zwischen den beiden Organisationen sollte auf eine klare Abgrenzung der jeweiligen Aufgabenbereiche geachtet werden, um parallele Zuständigkeiten zu vermeiden.
- Dem anwendungsorientierten Ansatz der Raumfahrt muss Europa durch die Beteiligung der einzelnen EU-Politikbereiche, durch die Ausrichtung der Raumfahrtpolitik an den Nutzern und durch die Konzeption übergreifender Strategien gerecht werden. Nur auf diesem Weg können die Potenziale der Raumfahrt europäisch voll erschlossen werden. Diesem Aspekt sollte bei der Umsetzung des Weißbuches der Europäischen Kommission Rechnung getragen werden.
- Klare Strukturen in Bezug auf Verantwortlichkeit, Nutzung und Finanzierung sind für den Erfolg von Projekten unerlässlich. Für den effizienten Einsatz der finanziellen Mittel muss im Interesse einer leistungsfähigen europäischen Raumfahrt die Koordination der nationalen Förderpolitiken untereinander sowie im Verhältnis zu europäischen Programmen und Initiativen optimiert werden.
- Der deutsche Anteil an der Finanzierung der ESA in den nächsten Jahren ist den Anforderungen entsprechend zu gestalten, damit das von der Ministerkonferenz beschlossene Programm erfolgreich durchgeführt werden kann. Dabei muss dafür Sorge getragen werden, dass sich ein Rückflussdefizit, das nun abgebaut wird, nicht wie in den vergangenen Jahren erneut aufbaut. Deutschland ist zweitgrößter Beitragszahler der ESA. Dem entsprechend sind die Interessen des Raumfahrtstandortes Deutschland bei zukünftigen Entscheidungen zu berücksichtigen.
- Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die notwendige Restrukturierung des europäischen Raumfahrtsektors nicht einseitig zu Lasten des Raumfahrtsektors Deutschland geht, und die deutsche Raumfahrt auch innerhalb neuer europäischer Allianzen sichtbar bleibt.
- Es ist darauf hinzuwirken, dass der überhohe Kassenbestand der ESA auf eine angemessene Größe gesenkt wird. Gleichzeitig ist im Hinblick auf die nächste Ministerkonferenz zu prüfen, inwieweit diese Absenkung zur Finanzierung beschlossener und künftiger Programme beitragen kann.

Berlin, den 28. Januar 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333